



Gemeinsame Pressemitteilung zur Grünen Woche:

## **Vorfahrt für Menschenrechte vor Wirtschaftsinteressen bei der Hungerbekämpfung**

Hamm/ Stuttgart/ Köln/ Berlin, 15.1.2009. Auf Initiative der deutschen Agrarlobby steht das Forum Internationale Grüne Woche vom 15.-19. Januar unter dem Motto „Sicherung der Welternährung – Globale Herausforderung für Politik und Wirtschaft“. Den rund 30 Agrarministern, die am 17. Januar in Berlin über Wege aus der Hungerkrise beraten, sollen „Handlungsempfehlungen mit auf den Weg gegeben werden“. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Brot für die Welt, FIAN Deutschland und Germanwatch lehnen die Empfehlungen der industriellen Agrarlobby zur Lösung der Hungerkrise entschieden ab. Besorgt sind die Organisationen auch über den neuen Aktionsplan der Bundesregierung zur Förderung deutscher Agrarexporte. Denn beide sind eine Gefahr für das Recht auf Nahrung in den Entwicklungsländern.

Erst kürzlich hatte die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) einen „Schulterschluss von Wirtschaft, Politik und Absatzförderung“ zur „Eroberung neuer internationaler Märkte“ gefordert. Der Deutsche Bauernverband (DBV), der Raiffeisenverband und der Milchindustrie-Verband (MIV) pochen auf eine Wiedereinführung von Exportsubventionen für Milchprodukte. Und die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) empfiehlt zur Überwindung der Hungerkrise eine Produktivitätssteigerung in Deutschland und mehr Gentechnik.

Aus Sicht der Entwicklungs-, Menschenrechts- und Bauernorganisationen ist das der falsche Weg: Eine Ausweitung der industriellen Massenproduktion in Europa würde noch höhere Importe von Futtermitteln aus Entwicklungs- und Schwellenländern erfordern. Die Flächen dafür fehlen dann in den Entwicklungsländern für den Anbau von Nahrungsmitteln. Weder die Gentechnik noch deutsche Agrarexporte werden den Hunger lindern. Vielmehr treiben sie die Abhängigkeit und den wirtschaftlichen Niedergang von Kleinbauern im Süden weiter voran.

Besorgt sind die Entwicklungsorganisationen daher über den neuen Aktionsplan des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) zur Förderung deutscher Agrarexporte für Schweine-, Hühnerfleisch und Milchprodukte, welche die lokalen Absatzmärkte von Kleinproduzenten im Süden und damit deren Recht auf Nahrung gefährden. Die Exportförderung widerspricht auch den Interessen der deutschen Bauern, da die damit verbundene Weltmarktorientierung Erzeugerpreise bedeutet, die unter den europäischen Erzeugungskosten lägen.

Demgegenüber erinnern die unterzeichnenden Organisationen daran, dass im Dezember auf Einladung des BMELV Vertreter von Regierungen, UN-, Entwicklungsorganisationen und Bauern aus dem Süden auf der internationalen Konferenz „Politik gegen Hunger“ gemeinsam Vorschläge zur weltweiten Verwirklichung des Rechts auf Nahrung erarbeitet haben. Dazu gehört die Förderung von Landreformen, standortgerechten Produktionsmethoden und eine menschenrechtliche Überprüfung der europäischen Landwirtschafts- und Handelspolitik. Die Entwicklungsorganisationen ermutigen die Bundesregierung, diese Vorschläge mutig umzusetzen.

**Kontakt: Maria Heubuch (AbL): 07561-59 37; Bernhard Walter (Brot für die Welt): 0162 6101746; Armin Paasch (FIAN Deutschland): 0176-22630755;**